

Der Ausschuß für Untersuchungen an der Schleswig-Holsteinischen Westküste beim Oberpräsidium in Kiel.

Von J. M. Lorenzen.

In der Geschichte der Arbeiten zum Schutz der Schleswig-Holsteinischen Westküste, zur Neulandgewinnung und zur Ertragssteigerung der vorhandenen, landwirtschaftlich nutzbaren Flächen bedeutet das Jahr 1933 einen entscheidenden Wendepunkt. In der Nachkriegszeit waren die Arbeiten auf allen diesen Gebieten mehr und mehr ins Stocken geraten; nützliche Einzelpläne waren hier und da aufgestellt, ihre Durchführung war dort, wo man begonnen hatte, infolge Fehlens eines einheitlichen Planes und infolge Geldmangel über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen.

Die Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung gab auch in Schleswig-Holstein unter Führung des Gauleiters und Oberpräsidenten Lohse das Signal zur umfassenden Planung und zur sofortigen Inangriffnahme der wichtigsten, großen Landeskulturarbeiten. Ihr Schwerpunkt lag naturgemäß an der Westküste der Provinz, wie die Eindeichung des Adolf-Hitler- und des Hermann-Göring-Kooges, sowie die Eiderabdämmung zeigen. Oberpräsident Lohse legte noch im Jahre 1933 dem Ministerpräsidenten Göring auf Sylt einen Plan vor, in dem er alle technischen, finanziellen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für einen einheitlichen Arbeitsplan an der Westküste auf vorerst zehn Jahre entwickelte. Ministerpräsident Göring gab dem Plan seine Zustimmung und beauftragte den Oberpräsidenten mit der verantwortlichen Leitung der Durchführung. Damit war zum ersten Male in der Geschichte der Westküste der Weg frei für eine großzügige Landeskulturarbeit, deren nächstes Ziel die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war. Zugleich sollte damit eine Sicherung des vorhandenen Bodens und seine nachhaltige Ertragssteigerung, darüber hinaus aber weiter die Gewinnung neuen Bodens aus dem Wattenmeer erreicht werden.

Die Durchführung eines, mit diesem umfassenden Ziel aufgestellten Planes bedeutete einen gewaltigen Umbruch in der bisherigen Einstellung zur Arbeit und erforderte einen schnellen Einsatz aller geeigneten Kräfte. Aus diesem Grunde erhielt der Oberpräsident auf seinen Antrag die ministerielle Genehmigung zur Schaffung einer Sonderdienststelle, der die Gesamtplanung für alle Landeskulturarbeiten, besonders an der Westküste übertragen wurde. Um möglichst schnelle und ganze Arbeit ohne die Einrichtung eines umfangreichen, bürokratischen Apparates leisten zu können, beantragte der Oberpräsident ferner die Berufung eines Ausschusses aus erfahrenen und fachkundigen Männern der Technik, Verwaltung und Wissenschaft, die ihm für die Planung und später für die Ausführung der großen Vorhaben ehren-

amtlich beratend und unterstützend zur Seite stehen sollten. Mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Preußischen Finanzministers wurde unter Einschluß derjenigen Kräfte, die bereits vorher in uneigennütziger Weise ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den Dienst des vom Oberpräsidenten herausgestellten Zieles gestellt hatten, ein Ausschuß in folgender Zusammensetzung berufen:

Professor Dr. Ing. Agatz, Technische Hochschule Charlottenburg
(Wasserbau)

Architekt R. Brodersen, Berlin-Lichterfelde (Planung und Hochbau),
Landesbaurat beim Oberpräsidium (Provinzialverwaltung) in Kiel
Professor Dr. Ing. e. h. Franzius, Technische Hochschule Hannover
(Wasserbau)

Landrat Hamkens, Tönning (Verwaltung)

Ministerialrat Körner, Reichsernährungsministerium Berlin
(Wasserbau)

Dr. Erich Kolumbe, Altona (Biologie)

Oberregierungs- und Baurat Dr. Ing. Pfeiffer, Schleswig, Regierung
(Wasserbau und Wasserwirtschaft)

Bauer Rickertsen-Bohle	}	Selbstverwaltung
Deichhauptmann Sievers, Elsdorf		im Deich-
Deichhauptmann Voß, Wesselburen		und Wasserwesen

In dieser Zusammensetzung des Ausschusses, die sich für die Mitarbeit ausgezeichnet bewährt hat, hat sich in der Folge noch einiges geändert. Durch allzu frühen Tod wurde im Jahre 1935 Professor Dr. Ing. e. h. Franzius, der als Ordinarius für Wasserbau an der Technischen Hochschule Hannover ein eifriger Förderer des großen Landeskulturplanes an der Westküste gewesen ist, der Mitarbeit des Ausschusses entrissen. Sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Wasserbau der Technischen Hochschule Hannover, Ministerialrat Körner, der bis dahin gleichzeitig das Reichsernährungsministerium im Ausschuß vertreten hatte, schied mit seiner Berufung nach Hannover aus dem Reichsernährungsministerium aus, erklärte sich jedoch auf die Bitte des Oberpräsidenten bereit, weiterhin dem Ausschuß anzugehören. Als Vertreter des Reichsernährungsministeriums und Nachfolger des Ministerialrats Körner als Leiter der Landesanstalt für Gewässerkunde wurde Ministerialrat Professor Wechmann in den Ausschuß berufen. Die zunehmend enge Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Wehrmacht, zuerst der Luftwaffe, führte zur Berufung eines Vertreters des Luftfahrtministeriums, Ministerialrat Barrelmann (Vertreter Regierungsbaurat Freymadl) in den Ausschuß. Die Berufung eines Vertreters der Marine, mit der die Arbeiten an der Westküste durch die Untersuchungen im Gezeitenwesen ständig engere Fühlung gewannen, hat sich infolge des Krieges verzögert. Im Jahre 1939 wurde der bis dahin verantwortliche Mitarbeiter und Vertreter des Oberpräsidenten, Vizepräsident

Dr. Schow, nach seiner Ernennung zum Landeshauptmann der Nordmark in den Ausschuß berufen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses zeigt, daß alle drei Hauptrichtungen der Wasserwirtschaft und Landeskulturarbeit in ihm vertreten waren. Ein Teil der Ausschußmitglieder hatte bereits seit Jahren verdienstvolle Arbeit geleistet, aus der sie in der Folge dem Ausschuß wertvolle Anregungen vermitteln konnten.

Die Aufgabe des Ausschusses, die bereits in seiner Zusammensetzung zum Ausdruck kommt, war zunächst die Aufrechterhaltung einer engen Verbindung zwischen der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung; während der Staat stärker als je zuvor die Führung auf allen Gebieten der Landeskultur übernahm, hatte die Selbstverwaltung als berufene Vertretung der Bevölkerung ein ungleich höheres Maß der Verantwortung für den Schutz des Landes gegen die Nordsee und die Verbesserung des Bodens hinter den Deichen zu übernehmen. Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses war aber seine unmittelbare Mitarbeit an den praktischen Arbeiten des 10-Jahresplanes und allen hierzu gehörigen Sonderaufgaben.

Die Mitarbeit (als ganzes oder einzelner Mitglieder) hat sich in den verfloßenen fünf Jahren im wesentlichen auf folgende Arbeitsgebiete erstreckt: Die Grundlage der Arbeit war der 10-Jahresplan. Dieser Plan ist in seinem Aufbau, seiner technischen Durchgestaltung und den zugehörigen Vorschlägen für die Neuordnung der wasserwirtschaftlichen Dienststellen und des Deich- und Wasserwesens unter wesentlicher Mitarbeit des Ausschusses entstanden, wobei die Ausschußmitglieder jeweils in den Arbeitsgebieten besonders mitwirkten, auf denen sie über besondere Erfahrungen und Fachkenntnisse verfügten. Die sich auf den 10-Jahresplan aufbauende Einzelplanung im Wattenmeer führte zuerst zu der Forderung nach eingehenden Voruntersuchungen. Die Aufstellung des Arbeitsprogrammes der Wattenmeerforschung, die Einrichtung von Forschungsstellen, deren Ausbau und laufende Ausrichtung (vgl. die bisherigen Veröffentlichungen in der Zeitschrift Westküste) ist durch die technischen und wissenschaftlichen Ausschußmitglieder wirksam beeinflußt und gefördert worden. Diese haben insbesondere die Ausrichtung der Untersuchungen auf die praktischen Ziele der Arbeit ständig überwacht. Hierzu waren häufig Arbeitstagen an Ort und Stelle, sowie Verhandlungen mit den Zentralstellen in Berlin notwendig. Das schon heute vorliegende Teilergebnis dieser, mit einem kleinen Kreis von Ausschußmitgliedern in aller Stille geleisteten Arbeit beweist, daß die Wattenmeerforschung grundlegend neue, für die Arbeit des Küstenschutzes und der Landgewinnung entscheidend wichtige Erkenntnisse geliefert und damit erst die Möglichkeit geschaffen hat, eine Planung an und vor der Nordseeküste auf weite Sicht zu unterbauen. Darüber hinaus haben die wasserbautechnischen Mitglieder des Ausschusses die Ausarbeitung der technischen Pläne durch ständige, persönliche Mitarbeit

oder Begutachtung überwacht und gefördert. Eine Reihe von Stellungnahmen und Gutachten, von denen als Beispiele nur genannt seien: a) eine eingehende Stellungnahme zur Frage der Küstensenkung, b) ein Vorschlag zur einheitlichen Ausrichtung der Forschung für das Gebiet der Deutschen Bucht, c) die eingehend begründete Forderung nach einer straffen Führung der 10- und 4-Jahresplanaufgaben, d) die Vorschläge für die Neuordnung in der Wasserwirtschaftsverwaltung, e) die Mitwirkung bei der Aufstellung eines Generalplanes für das Nordfriesische Wattenmeer zeigen, daß sich der Ausschuß für die Untersuchungen an der Westküste über den üblichen Rahmen derartiger Einrichtungen hinaus unmittelbar in die Arbeit hineingestellt und daß die einzelnen Mitglieder sich persönlich für die von ihnen freiwillig und ehrenamtlich übernommenen Aufgaben verantwortlich gefühlt und für ihre Lösung mit Erfolg eingesetzt haben. Es lag in der Natur der Aufgabe, daß die Hauptlast der Arbeit auf den technischen und wissenschaftlichen Ausschußmitgliedern ruhte, denn auf diesen Gebieten waren zuerst und vor allem die Voraussetzungen für die praktischen Arbeiten zu schaffen.

Mit den heute zur Tat gewordenen Vorschlägen zur Neugestaltung der Behörden und Verbände haben neben den Vertretern der staatlichen Verwaltung die aus der Selbstverwaltung berufenen Ausschußmitglieder eine große Arbeit geleistet und wichtige Voraussetzungen für die einheitliche Durchführung umfassender technischer Pläne und die vernünftige Verwaltung und Erhaltung der großen Landeskulturwerke geliefert. Die ständige, enge Fühlungnahme mit der Selbstverwaltung im Deich- und Wasserwesen und die aktive Mitarbeit ihrer Vertreter an der Neuordnung in ihrer eigenen Verwaltung haben entscheidend dazu beigetragen, in der an ihren Einrichtungen hängenden Bevölkerung der Westküste Verständnis für manche, tiefgreifende Aenderung in dem überkommenen und lieb gewordenen Verbandsrecht zu wecken.

Besonders fruchtbar hat der Ausschuß durch seine, außerhalb der Provinz an wichtiger Stelle stehenden Mitglieder die Fühlung und Zusammenarbeit mit den für die Arbeit an der Westküste verantwortlichen, zivilen und Wehrmachtdienststellen und den wissenschaftlichen Instituten gestaltet. Er hat die in der Folgezeit fruchtbare Zusammenarbeit eingeleitet unter anderem mit den Technischen Hochschulen Charlottenburg und Hannover, der Seewarte in Hamburg, dem Marineobservatorium in Wilhelmshaven, dem Institut für Meereskunde in Kiel, dem Forschungsdienst der deutschen Landwirtschaft und denjenigen staatlichen Dienststellen, die an der übrigen deutschen Nordseeküste zwischen Elbe und Ems ähnliche Aufgaben wie in Schleswig-Holstein zu lösen hatten. Auch die ausgezeichnete, ständig enger gewordene Verbindung der schleswig-holsteinischen Dienststellen mit den holländischen Ingenieuren und Wissenschaftlern verdanken wir zum größten Teil den Anregungen und der Vermittlung des Ausschusses. Die Arbeit an

der Westküste Schleswig-Holsteins hat — nicht zuletzt durch wiederholte Vorträge und Aufsätze der Ausschußmitglieder gefördert — über die Grenzen der Provinz Schleswig-Holstein hinaus einen starken Widerhall gefunden und damit zugleich eine tatkräftige Förderung erfahren. Die lebhafteste Anteilnahme der Ministerien, insbesondere des Herrn Reichsernährungsministers und des Preußischen Finanzministers an den Arbeiten der Westküste, vor allem an den Untersuchungen der Forschung, beruhen nicht zuletzt auf dem Vertrauen zu der vom Ausschuß Westküste geleisteten, verantwortungsbewußten Unterstützung und Beratung. Im Hinblick auf die bisher geleisteten Arbeiten haben die Mitglieder des Ausschusses für Untersuchungen das Verdienst, dem Gauleiter und Oberpräsidenten jederzeit in allen entscheidenden Fragen in uneigennützigster Weise beratend und helfend zur Seite gestanden und ihm und den Zentralstellen wichtige Entscheidungen vorbereitet und erleichtert zu haben.